

Gewerkschaftliche Monatshefte

21. JAHRGANG

SEPTEMBER 1970

9

Christian Graf von Krockow

Die japanische Herausforderung

Kritische Analyse und Literaturbericht

Seit der Zweite Weltkrieg zu Ende ging, ist Japan für uns kaum ein Gegenstand intensiver Aufmerksamkeit gewesen. Anderes stand, verständlich genug, im Vordergrund: eigenes Nachkriegselend und Wiederaufbau, die deutsche Teilung, europäische Einigung, Ost-West-Konflikt, Vereinigte Staaten und Sowjetunion, Naher Osten, Entwicklungsländer, China, Korea, schließlich Vietnam. Der Sachverhalt beginnt sich indes zu ändern. Die Olympiade 1964, die Weltausstellung „Expo 70“ mögen äußere Anlässe gewesen sein, den Blick wieder auf das fernöstliche Inselreich zu lenken. Vor allem aber sind es die sensationellen Wachstumsraten der japanischen Wirtschaft, die magisch anziehen, zum Gegenstand der Bewunderung und Besorgnis werden. Es erscheint deshalb jetzt eine Vielzahl von Büchern, die dem fremden „Wunder“ analytisch beizukommen suchen. Einige charakteristische Titel:

„100 Millionen Außenseiter — die neue Weltmacht Japan“ (*Vahlefeld*, 1969¹); „Japan — die konzertierte Aggression“ (*Scharnagl*, 1969); „Die japanische Herausforderung“ (*Hedberg*, 1970); „Der unterschätzte Gigant — Japans Zukunft hat bereits begonnen“ (*Guillain*, 1970); „Japanische Strategien oder das deutsche Führungsdefizit“ (*von Dohnanyi*, 1969).

Rapides Wirtschaftswachstum

Das zuletzt genannte Buch ist für uns von besonderem Interesse; es sucht den japanischen Erfolg aus überlegenem politisch-wirtschaftlichem *Management* zu erklären und propagiert, daß und wie wir von den Japanern lernen müssen, wenn wir nicht deklariert werden wollen. Aus den ehemaligen Schülern, die lernbegierig durch die Welt reisten, scheinen demnach Meister geworden zu sein, bei denen die einstigen Lehrer sich nun zum Nachsitzen einzufinden haben. Die harten Zahlen sprechen für sich, denn das durchschnittliche Jahreswachstum des realen Bruttosozialprodukts betrug 1957/1967: in Großbritannien 3,1 % in den USA 4,1 %, in Schweden 4,2 %, in der Bundesrepublik 4,7 %, in Frankreich 4,9 %, in Italien 5,5 %, in Japan aber 10,1 %. Inzwischen hat sich das japanische Wachstum eher noch beschleunigt, und Zielprojektionen bis 1985 zeigen, daß man Raten glaubt durchhalten zu können, die weit über den optimistischsten Erwartungen aller Konkurrenten liegen. Die Bundesrepublik ist bereits überholt worden, die Sowjetunion, auf Platz zwei der Weltrangliste, im Visier, und in weiterer Per-

1) Am Ende dieses Berichts folgen die genaueren Literaturangaben; auf die sich auch Hinweise im Text jeweils mit Autornamen und Seitenzahl beziehen.

spektive erscheint sogar ein Einholen und Überholen der Vereinigten Staaten, jedenfalls relativ auf die Bevölkerungszahl, nicht mehr als ausgeschlossen.

Woraus läßt sich nun dieser Erfolg erklären? Häufig wird auf bestimmte Eigenschaften der Japaner verwiesen: Fleiß, gepaart mit Anspruchslosigkeit und Disziplin, Intelligenz, verbunden mit Ehrgeiz usw. Aber das sind fragwürdige Kategorien, weil sie auf Erklärung im Grunde verzichten, indem sie zur „Natur“ eines Volkes oder gar einer Rasse stempeln, was noch allemal Resultat historischer und sozialer Umstände war und ist.

Dohnanyi kommt dem Kern des Sachverhalts wesentlich näher, wenn er auf die enge, von Mißtrauen freie, von modernsten analytischen und strategischen Methoden bestimmte *Kooperation der wirtschaftlichen und der politischen Führungselite* verweist. Die Japaner, meint er, haben das Problem gelöst, mit dem sich sonst in der Vereinseitigung sozialistische wie kapitalistische Länder herumschlagen: dort die starre, zentralistische Staatsverwaltungswirtschaft, die der individuellen Unternehmensinitiative keinen oder jedenfalls zu wenig Raum läßt, hier die ungebundene, profitorientierte Unternehmerwirtschaft, welche den privaten Reichtum mehrt, aber die auf weitere Sicht lebenswichtigen materiellen und immateriellen Infrastrukturbedingungen vernachlässigt. Das harmonische Miteinander staatlich-zentraler Globalsteuerung nicht nur der Konjunktur, sondern auch und gerade der Strukturbedingungen, und dezentralisierter, wagemutiger Durchführung durch die Unternehmen, die auf dem Binnenmarkt hart miteinander konkurrieren, aber nach außen, vielfach wieder vom Staat angeleitet, eng kooperieren, ist der Schlüssel zum Erfolg dessen, was Dohnanyi das „Großunternehmen Nation“ nennt. Wegen der Absicherung ihres Wagemuts durch den Staat können sich die Unternehmen überdies in einem Maße auf Wachstum statt auf Konsolidierung konzentrieren — die durchschnittliche Eigenkapitalquote liegt mit etwa 20 % nur halb so hoch wie in der Bundesrepublik, wo man bereits beklagt, daß sie gegenüber den Vereinigten Staaten mit rund 60 % viel zu gering sei —, das überall sonst als mörderisch-selbstmörderisch erscheinen würde.

Dohnanyis hiermit ganz kurz umrissene Analyse klingt durchaus plausibel, und richtig ist gewiß auch, daß es ein einschlägiges deutsches Führungsdefizit gibt, so daß es nicht nur töricht, sondern gemeingefährlich wäre, falls wir uns zu fein sein wollten, von Japan zu lernen, was immer es dort zu lernen geben mag. Dennoch bleibt diese Analyse einseitig und vordergründig, so einseitig und vordergründig, daß man sie geradezu als skandalös bezeichnen muß, zumal ihr Autor ja nicht irgendein Außenseiter, sondern sozialdemokratischer Staatssekretär der Bundesregierung ist: Die schweren sozialen Schatten, die auf dem japanischen „Wunder“ liegen, werden beschönigt oder unterschlagen. Selbst wenn Herr von Dohnanyi nur zwölf Tage in Japan war, hätte er sich doch, statt lediglich die Berichte seiner Mitarbeiter auszunutzen, aus einschlägiger Literatur informieren und so vermeiden können, daß sein Buch wie die böswillige APO-Karikatur von Managerideologien wirkt.

Kehrseiten des japanischen Wunders

Vielleicht lassen sich die fernen Verhältnisse am besten anschaulich machen, indem man sich in die Lage eines durchschnittlichen Arbeitnehmers versetzt.

Der japanische Herr Müller hat erfolgreich die höhere Schule durchlaufen: eine sehr harte Lernschule mit insgesamt zwölf Schuljahren, denn bereits 75 % aller jungen Japaner absolvieren nicht nur die sechsjährige Grundschule und die dreijährige Mittelschule — dies ist obligatorisch —, sondern auch die weiterführende dreijährige Oberschule; der Oberschulbesuch für alle steht damit bereits am Horizont. An den noch

härteren Aufnahmeprüfungen der Universität ist Müller freilich gescheitert und Arbeiter in einem modernen Großbetrieb geworden. Nach einer Probe- und Bewährungszeit, die sich nicht nur auf Fleiß und Leistung, sondern — vor allem — auf den „Charakter“, das heißt auf die Loyalität, um nicht zu sagen die enthusiastische Identifikation mit dem „Über-Ich Firma“ bezieht, ist er Stamarbeiter und damit zugleich — praktisch automatisch — Gewerkschaftsmitglied in der Firmengewerkschaft geworden. (Es gibt rund 55 000 solcher firmen-„eigenen“ Gewerkschaften.) Nun ist der Weg vorgezeichnet: Der Stamarbeiter verbleibt in der Firma bis ans Ende seiner normalen Berufszeit im Alter von 55 Jahren; Entlassung, es sei denn wegen krimineller Delikte, ist ausgeschlossen — gegen sie würde die Gewerkschaft einen Streikorkan entfesseln. So gut wie ausgeschlossen ist freilich auch der Übertritt in eine andere Firma. Denn er bewiese „Charakterlosigkeit“, Verrat gewissermaßen am Familienclan, zu dem die Firma ideologisch überhöht wird, so daß die andere Firma, des Verrats — und seiner Folgen, falls er einrisse — gewärtig, sich hütet, den Abtrünnigen in ihre Stammebelegschaft aufzunehmen.

Der Sicherheit stehen begrenzte Aussichten gegenüber: karger Lohn am Anfang, sehr starke Progression mit dem Alter und der Dauer der Betriebszugehörigkeit, erhebliche Familien- und Erfolgs- (aber nicht Leistungszulagen. Die individuelle Leistung zählt kaum; Aufstiegsmöglichkeiten finden ihre strikte Grenze an der Vorbildung, in unserem Falle also an der fehlenden Hochschulbildung. Die Firma sorgt im übrigen reichlich für „sozialen Klimbim“: Geschenke bei Eheschließung oder Geburten, firmeneigene Kliniken, Erholungsheime, Besichtigungsreisen — zum Beispiel zur Expo 70, in geschlossener Kolonne hinter der Betriebsfahne . . . Die Gewerkschaft andererseits kämpft in jährlichen Frühjahrs- oder Herbst-„Offensiven“ für höheren Lohn; heute ist in Großunternehmen bereits ein respektables — etwa norditalienisches — Niveau erreicht. Waschautomaten, Fernsehgeräte usw. gehören zur Standardausrüstung des Haushalts; das Auto ist mindestens in Sicht. Die Wohnverhältnisse wirken freilich, selbst wenn die Firma Hilfestellung gibt, für unsere Begriffe durchweg miserabel: leichte, winzige Bauten, so eng wie endlos gedrängt, und trotz schwül-heißer Sommer und naß-kalter Winter gibt es weder Klimaanlage noch Heizungen, die diesen Namen verdienen. Dafür sind die Wohnungen horrend teuer; eine enge Zweizimmerwohnung ohne jeden Komfort kostet in Tokio umgerechnet etwa 75 Dollar im Monat, während das Anfangsgehalt eines *Akademikers* sich auf etwa 90 Dollar beläuft. Man muß gerade bei der Wohnungsfrage freilich die unterschiedlichen Traditionen in Rechnung stellen, die in ihrer Relativität das Zufriedenheitsniveau stärker bestimmen als abstrakt-generelle Vergleiche.

So weit, so, einigermäßen, gut. Aber nun gilt es, die Kehrseite zu bedenken, die der flüchtige Besucher kaum gewahr wird und die jedenfalls vom westlichen Standpunkt aus anmutet wie eine Serie bössartiger Erfindungen, die man einer makabren Trickkiste entnommen hat:

1. Herr Müller wird, wie gesagt, im Alter von 55 Jahren *entlassen*, jedenfalls aus seiner Position in der Stammebelegschaft. Das gleiche gilt übrigens auch für Angestellte, bis in die höheren Ränge hinein, und für Beamte im Staatsdienst. Nur die ganz wenigen ganz an der Spitze dürfen weitermachen bis zum Tode. Beim Ausscheiden erhält der Hochschulabsolvent 40 Monatsgehälter als Abfindung, der Oberschulabsolvent 44 Monatsgehälter, der Pflichtschulabsolvent 47 Monatsgehälter. Das muß für den Rest des Lebens — vielleicht noch für Jahrzehnte — reichen. Ein öffentliches Rentensystem gibt es allenfalls in Ansätzen und auf völlig unzulänglichem Niveau: eine Invalidenrente beläuft sich auf ungefähr 7,5 Dollar im Monat (*Hedberg*, S. 97), also ein Zehntel des Mietpreises einer bescheidenen Wohnung! Mithin handelt es sich, pointiert ausgedrückt,

bei dem Gesamtsystem gewissermaßen um einen avantgardistischen Super-Elektronik-Kapitalismus, der, im deutschen Vergleich, „getragen“ wird von einem Sozialstaat aus der Zeit Bismarcks.

Dieser Sachverhalt macht den Jubel verständlich, welcher ausbricht, wenn die Firmenleitung bekanntgibt, daß — bei akutem Arbeitskräftemangel — die Altersgrenze ein wenig heraufgesetzt wird. Verständlich ist angesichts des altersorientierten Lohnsystems aber zugleich, daß die Firmen diesen Weg nur im äußersten Notfall beschreiten. Man stößt hier, nebenher bemerkt, auf einen handfesten Widerspruch: Die stark altersbestimmte Lohnprogression wird abgeleitet aus dem traditionellen Wertesystem einer Verehrung des Alters, die die ostasiatischen Kulturen ja stets in ungleich höherem Maße bestimmt hat als die europäischen Verhältnisse auch in der vorindustriellen Epoche. Aber wenn es zum Schwur kommt, eben an der Alters-Entlassungsgrenze, erweisen sich die handfesten Unternehmensinteressen eben doch als stärker, sie degradieren die Tradition zur Ideologie. Aus den eben beschriebenen Zusammenhängen lassen sich weitere ableiten:

2. Die *Sparquote* ist nirgends sonst so hoch wie in Japan. Sie lag 1960/1967 bei 18 % der privat verfügbaren Einkommen — in der Bundesrepublik, schon notorisch sehr hoch gegenüber anderen westlichen Industriestaaten, bei 13 %. Man muß nun einmal, auch und gerade bei niedrigem Einkommen, angesichts der Mängel an sozialstaatlicher Sicherung wie besessen sparen, wenn man im Alter nicht allzusehr darben will. Nun hält Japan freilich nicht nur den Wachstums-, sondern auch einen *Inflationsrekord* unter den großen Industrienationen: 1960/1968 stieg der Preisindex für Lebenshaltungskosten in der Bundesrepublik jährlich um 2,6 %, in Japan um 5,6 %. Und die Sparzinsen decken den Preisanstieg nicht ab; die in Japan besonders wichtige Postsparkbank zahlt 3,6 %, während bei den Privatbanken für Einlagen mit gesetzlicher Kündigungsfrist 2,1 % gutgeschrieben werden (*Hedberg*, S. 93). Die Einlagen fließen hingegen sofort, noch vor aller Entwertung, über die Kapitalsammelstellen den Investitionen zu. Auf diese Weise trägt noch der Mangel an sozialen Sicherungssystemen zur Kapitalversorgung des „Wirtschaftswunders“ bei!

3. Unser Herr Müller kann sich glücklich preisen: er ist Stammarbeiter. Aber nach einer Statistik aus dem Jahre 1958 — und die Verhältnisse dürften sich bis heute kaum wesentlich gewandelt haben — besaßen nur 47,1 % aller Arbeitskräfte diesen Status, in den Großbetrieben sogar nur 38,7 % (*Hax*, S. 506). Alle übrigen Arbeitskräfte sind *Tagelöhner*, die in jedem Augenblick entlassen werden können, *ohne* daß die Firmengewerkschaft sich erregt; sie fühlt sich nur für die Aristokratie der Stammebelegschaft verantwortlich. Dies bedeutet zugleich, daß der Lohn der Tagelöhner weit zurückbleibt, ganz abgesehen von den vielen Zulagen und Vergünstigungen, die für den Stammarbeiter einen so wesentlichen Teil seines Einkommens ausmachen. Die Forderung nach gleichem Lohn für gleiche Arbeit scheint unbekannt zu sein, was außer mit dem Clandanken auch mit der mangelnden Leistungsbezogenheit des Lohns zusammenhängt. Ganz besonders wird alle Frauenarbeit betroffen: Es mag auch hierzulande noch viele offene oder versteckte Diskriminierung geben, aber in Japan, einem Lande traditioneller Geringschätzung der Frauen überhaupt, wo die Forderung nach Gleichberechtigung eine Importware der Besatzungsmacht darstellt, wirken sie sich weit krasser aus. Doch insgesamt bilden die Tagelöhner sozusagen die Stoßdämpfer der Konjunktur, so daß die Formulierung berechtigt ist:

„Wenn man schon das Bild familiärer Fürsorge auf dieses System anwenden will, dann muß man feststellen, daß es in der großen Kinderschar der Familie offenbar Stiefkinder gibt, denen die Fürsorge vorenthalten bleibt“ (*Hax*, S. 560).

4. Herr Müller ist nochmals glücklich zu preisen: er ist nicht nur Stammarbeiter, sondern Stammarbeiter in einem der führenden und nach menschlichem Ermessen zukunfts gesicherten *Großbetriebe*. Man spricht aber von der „dualen“ Wirtschaftsstruktur Japans; neben den Großbetrieben sind charakteristisch die Mittel-, vor allem jedoch die zahllosen Klein- und Kleinstbetriebe. In viel höherem Maße, als es bei uns der Fall ist, arbeitet die Großindustrie mit Kleinbetrieben als Zulieferern. Die abhängigen, jederzeit abhängbaren Kleinbetriebe wirken dabei nochmals als Konjunkturstoßdämpfer für die Großwirtschaft und tragen ein hohes Risiko; jährlich gibt es etwa 10 000 Konkurse — und sie entfallen zu 95 % auf Betriebe mit weniger als 100 000 DM Kapital. Damit wird zugleich für den Stammarbeiter des Mittel- und Kleinbetriebes die Aussicht auf Altersabfindung höchst prekär, eine Art russisches Roulette: jäh kann er durch Betriebsschließung ins graue Heer der Tagelöhner hinabgeschleudert werden. Dabei ist die Entlohnung ohnehin schon knapp genug; sie sinkt bei Betrieben mit weniger als 10 Beschäftigten auf etwa 40% der Löhne im Großbetrieb ab (Tabelle bei *Hax*, S. 505). Doch noch heute arbeiten weniger als 30% der Lohnempfänger in Betrieben mit mehr als 500 Beschäftigten. Auf diese knapp 30 % entfallen 55 % der Lohnsumme und 75 % der Gewerkschaftsmitglieder. Dafür finden, gewissermaßen zum „Ausgleich“, 70 % aller Entlassungen in Betrieben mit weniger als 50 Beschäftigten statt (*Rindl*, S. 26)!

Ein mehrdimensionales System der Ausbeutung

Zieht man eine Quersumme aus den vier genannten Punkten, denen sich noch manches anfügen ließe — z. B. hinsichtlich Arbeitszeit und Unfallschutz, zumal wieder in den Kleinbetrieben —, so wird deutlich, daß aus der Situation des Stammarbeiters im Großunternehmen allgemeine Rückschlüsse ziehen so verwegen, um nicht zu sagen abwegig wäre, wie ein Schluß aus der Lage des FIAT-Arbeiters in Turin auf die Verhältnisse in Sizilien oder Sardinien. Es handelt sich, so kann man kaum anders es ausdrücken, im japanischen Falle um ein vieldimensionales Ausbeutungssystem, das durch ein raffiniertes „Teile und herrsche!“ abgestützt wird.

Freilich gilt es noch einmal zu unterstreichen, daß es nicht statthaft ist, aus abstrakt verallgemeinerten Vergleichen der Arbeitsbedingungen und des Lebensstandards Konsequenzen für den subjektiven Standard der Zufriedenheit abzuleiten. Den meisten Menschen in Japan geht es heute besser als je zuvor, und das macht hier wie überall Entscheidendes aus. Was deshalb für europäische oder gar amerikanische Arbeitnehmer unerträglich wäre und keinen Monat Bestand haben könnte, mag innerhalb der spezifischen, in vieler Hinsicht noch immer deutlich insularen Traditionen, in dem kulturellen Normengefüge Japans durchaus bestehen. Ja vielleicht kann man sagen, daß gerade bestimmte, aus der vormodernen, vorindustriellen Epoche bewahrte Traditionalismen es waren und sind, die Japan seinen erfolgreichen Modernisierungsdurchbruch und rapiden Nachkriegsaufschwung ermöglichten; schließlich darf man nicht vergessen, daß Japan — darin Deutschland nicht zuletzt hinsichtlich der politisch resultierenden Gefährdungen ähnlich — seine industrielle Entwicklung nicht vermittels einer politisch-sozialen Revolution vollzogen hat, sondern mit Hilfe „von oben“ befohlener und durchgesetzter Reformen, deren sozialer Sinn gerade die Bewahrung alter Rangordnungen unter gewandelten Verhältnissen war und deren Zeichen ein defensiv-aggressiver Nationalismus. Auch die Demokratisierungsversuche der Nachkriegszeit kamen entscheidend von außen und von oben, von der amerikanischen Besatzungsmacht.

Anders gesagt: Wie zwischen Groß- und Kleinindustrie es eine Dualstruktur gibt, so besteht insgesamt ein eigentümlicher Dualismus zwischen modernster Technologie und wirtschaftlicher Organisation einerseits, traditionellem Normen- und Sozialgefüge an-

dererseits. *Dieser* Dualismus hat konsumtive Bedeutung nicht nur durch die Verwirrungen, die er ständig stiftet, ganz besonders natürlich bei westlichen Besuchern, sondern eben dadurch, daß er als Ausbeutungsquelle für die forcierte Wirtschaftsentwicklung dient. Einige Beispiele:

Die Bindung an die herkömmliche *Großfamilie*, Hauptquelle sozialer Sicherung des Individuums in fast allen vorindustriellen Ordnungen, hat lange das Fehlen öffentlicher Sicherungssysteme überdeckt. Noch in den dreißiger Jahren, als es die Folgen der Weltwirtschaftskrise abzufangen galt, schickte man die Arbeitslosen kurzerhand zwangsweise in die Dörfer zurück, aus denen sie einst gekommen waren, mit der Behauptung, daß es dort ja Familien geben müsse, die nun für die solidarische Versorgung aufzukommen hätten. In Grenzen hat dieses System, spontan gehandhabt, in den Notzeiten nach 1945 nochmals seine Dienste getan. Und bis heute gilt es als selbstverständlich, daß die Eltern für die qualifizierte Ausbildung ihrer Kinder schwere Opfer bringen — mit der stillschweigend eingeschlossenen Erwartung, daß die dankbaren Kinder dann eines Tages zur Altersversorgung ihrer Eltern in der einen oder anderen Form beitragen werden.

Von den Auswirkungen dieses auf Betrieb und Gewerkschaften übertragenen Clandenkens wurde bereits besprochen. Übrigens scheinen nach dem Kriege nicht zuletzt die Gewerkschaften zur Neubefestigung der Traditionalismen beigetragen zu haben; angesichts einer unabsehbaren „industriellen Reservearmee“ — viele Arbeitsplätze waren vernichtet, auch Japan hatte ein Flüchtlings- bzw. Rücksiedlerproblem, es gab die Millionen entlassener Soldaten, einen Nachkriegs-Baby-Boom und unausgeschöpfte Menschenreserven in der Landwirtschaft —, angesichts solch düsterer Perspektiven ging es den Gewerkschaften vor allem um die Sicherstellung ihrer Mitglieder; sie trafen sich dabei auf glückliche oder vertrackte Weise mit den Unternehmerinteressen.

Eine andere Tradition hieß: *Bedürfnislosigkeit*, auf niedrigem Niveau fixierte Bedarfsdeckung anstelle einer permanenten Revolution steigender Konsumerwartungen. Diese Tradition machte bei allmählich steigendem Einkommen die extrem hohen Spar- und Investitionsquoten möglich, wobei es zugleich möglich wurde, die Investitionen so einseitig dem Produktionsapparat zukommen zu lassen und die Infrastrukturinvestitionen, soweit sie nicht unmittelbar für den Produktionsapparat notwendig waren, zu vernachlässigen. Es zeugt für die Weitsicht der Japaner, daß sie die Bedeutung des Bildungswesens für die Produktivitätssteigerung frühzeitig erkannt und in ihm viel investiert haben; Kindergärten, Schulen und Hochschulen wurden stetig ausgebaut. So kamen im Jahre 1966 auf 1000 Erwerbstätige 21,6 Lehrkräfte — gegen 12,8 in der Bundesrepublik; es gab, umgerechnet auf die Bevölkerungszahl, in Japan fünfzehnmal mehr Abiturienten und zweieinhalbmal mehr Studenten als in der Bundesrepublik (*Dohnanyi*, S. 66 ff.; *Scharnagl*, S. 265). Aber andere Investitionen: soziale Sicherheit, öffentliches Gesundheitswesen, Wohnungsbau usw. blieben jämmerlich vernachlässigt. Eine der Folgen ist, daß das auf engstem Küstenraum Mittel- bis Südjapans zusammengedrückte Wirtschaftswunder ein wahres Inferno an Lärm, Verkehrsmisere, Landschaftsverschandelung, Luft- und Gewässerverschmutzung produziert — vergleichsweise mutet das Ruhrgebiet wie eine altväterliche Idylle an.

Heute zeichnet sich allerdings eine Erschöpfung der Traditionalismen im Sinne ihrer Ausbeutungsmöglichkeiten ab. Auch in Japan führt die Entwicklung zur Kleinfamilie, und die Jugendlichen drängen zunehmend und immer frühzeitiger auf Emanzipation. Schon 1965 wohnten 68 % aller alten Menschen nicht mehr bei ihren Kindern (*Hedberg*, S. 91). Die Menschenreserven sind — erstmalig in der Geschichte des modernen Japan — nahezu ausgeschöpft, ja ein akuter Mangel an qualifizierten Arbeitskräften zeichnet sich ab. Ihm läßt sich kaum, wie in der Bundesrepublik, durch den

Import ausländischer Arbeitskräfte begegnen, sondern allenfalls durch den Export arbeitsintensiver Industrien, Die Mobilität nimmt, besonders in der jüngeren Generation, zu. Und die Konsumgewohnheiten verändern sich, nicht zuletzt unter hämmernder Reklame, die in amerikanischen Ausmaßen pausenlos aus allen Fernsehkanälen dringt.

Japan scheint sich deshalb einem Kreuzweg zu nähern: Wird es mit der Ausreifung seiner technologisch-wirtschaftlichen Entwicklung sich für progressive Demokratisierung und für ein Mehr an sozialer Gerechtigkeit entscheiden? Wird es die „vertikale“ Clansolidarität zugunsten „horizontaler“ Solidarität spürbar zurückdrängen? Wird, psychoanalytisch ausgedrückt, die Hypertrophie des Über-Ich zugunsten wachsender Ich-Stärke abgebaut werden? Wird Japan gar seine soziale Revolution als sozialistische nachholen? Oder aber wird es sein Heil in Regression und Aggression suchen, in einem neuen, militanten Chauvinismus, im Superclan Nation, mit dessen Kampf für Herrlichkeit und Größe die inneren Spannungen und Unzulänglichkeiten abgedeckt werden? Das sind Fragen nach der politischen Struktur des Landes, und über sie soll deshalb noch einiges gesagt werden.

Zweierlei fällt ins Auge: zum einen setzt sich die vertikale Dominante, die Clanhaftheit, auch im politischen Getriebe durch. Ob es sich um die regierende liberaldemokratische — genauer: konservative — Partei handelt, um die sozialistischen Oppositionsgruppen, um die Dachgewerkschaften — die politisch recht aktiv sind, jedoch neben den Einzel- und Firmengewerkschaften wenig realen Einfluß haben — oder um die militante Studentenbewegung: überall sieht man die Zersplitterung in zahllose, teils rivalisierende, teils kooperierende Gruppen, in Clans und in Cliques. Bei aller Aufgeregtheit und mitunter Radikalität im einzelnen scheint deshalb ein eigentümlicher Immobilismus für das politische Leben Japans charakteristisch zu sein, nicht zuletzt deshalb, weil eine Ablösung der Regierungspartei durch eine schlagkräftige Opposition schwerlich abzusehen ist.

Die Wirtschaft ist wichtiger als die Politik, so könnte man wahrscheinlich formulieren: Wirtschaft hat Politik geradezu verdrängt und ersetzt. Dafür zeugt eine verbreitete politische Apathie einerseits — man überläßt die Politik eben den politischen Cliques und wählt cliquenhaft-traditionsbestimmt — und ein erstaunliches, alles uns Gewohnte bei weitem übersteigende Niveau wirtschaftlicher Informiertheit andererseits, wobei nicht zuletzt die Massenpresse mit Auflagenweltrekorden zur Höhe des Informationsniveaus beiträgt (*Guillain*, S. 51). Es paßt dazu, daß Präsident *de Gaulle*, von dem Olymp seines staatsmännischen Selbstbewußtseins herab, vom Premierminister *Ikeda*, der ihm einen Besuch abgestattet hatte, gesagt haben soll: „Ein Handelsreisender in Transistoren ...“ Aber womöglich ist solche Kommerzialisierung nur geschick und zukunftsweisend; während andere noch in pompös anachronistischen Staatsmythen schwelgen, sich immer größere Rüstungslasten, Konflikte oder gar Kriege aufbürden, hat Japan in kluger politischer Abstinenz seine Wirtschaft und seine Märkte ausgebaut — und am Korea- wie am Vietnamkrieg so still wie tüchtig verdient. Man mag das für moralisch zweifelhaft halten; Überheblichkeit wäre indessen völlig verfehlt.

Die Wirtschaftsführer haben das Steuer in der Hand

Aber ein grundlegendes Problem ergibt sich eben doch und bildet den zweiten Gesichtspunkt, von dem hier die Rede sein soll: Wenn das politische Interesse und die politische Macht ganz hinter Wirtschaftsinteressen und Wirtschaftsmächten zurücktreten, verliert das politische System die Kraft, korrigierend und reformierend sich gegen die dominierenden Wirtschaftsinteressen — und das heißt in Japan so eindeutig wie einseitig: die Interessen der Großwirtschaft und Großindustrie — durchsetzen zu können. Es ist bekannt — und scheint niemanden besonders aufzuregen —, daß die Regierungs-

partei jeweils Unsummen für Wahlfeldzüge und Wahlgeschenke ausgibt, daß Mandate und andere wichtige Ämter regelrecht gekauft werden, alles finanziert von der Großwirtschaft, daß niemand Regierungschef werden oder bleiben kann, der den Wirtschaftsführern nicht genehm ist, kurz, daß die Regierungspartei und die Regierungsmacht kaum mehr als den verlängerten Arm der Wirtschaftsmächte darstellen:

„Die Zakai (Finanzkreise) und ihre Vertreter bilden eine Regierung hinter der Regierung, oder, wenn man so will, die wahre Macht hinter der offiziellen Macht... In Wahrheit haben nicht die Politiker das Steuer in der Hand, sondern die Wirtschaftsmagnaten, die Industriebosse, die mit einer an den Wirtschaftsbedürfnissen orientierten Verwaltung verbündet sind. Das Geld ... bestimmt den Ausgang der Wahlen; und die Politiker sind oft nichts anderes als die Strohmänner der Wirtschaftsführer" (*Guillain*, S. 52, 164).

Zwar mag es durchaus vernünftig sein, sich wirtschaftlich statt im traditionellen Sinne machtpolitisch zu orientieren. „Aber man hätte die Politik nicht in einem depri-mierenden Immobilismus erstarren und zum byzantinischen Spiel einiger Profis werden lassen dürfen. Das könnte sich in den siebziger Jahren rächen." Denn „die Vielzahl und der Ernst ungelöster Probleme erfordern Staatsmänner und nicht nur Parteifunktionäre, hinter denen die Industriekapitäne stehen" (*Guillain*, S. 235 f.).

Das klingt freilich ganz anders als in der enthusiastischen Schilderung *Dohnanyi* — oder vielmehr, es ist nur die Konsequenz, die andere, verschattete Seite dessen, was er in so hellem Lichte sieht. Denn natürlich ist es in dem skizzierten Verhältnis kein Problem, daß, wie Dohnanyi schreibt, Wirtschaft und Staat „unbefangen", „furchtlos", „ohne Vorurteile" miteinander umgehen und sich „mit bisher unvergleichbarem Erfolg zu einem neuen Kapitalismus verbunden haben: zum Großunternehmen Japan" (S. 118). Es ist dann bloß folgerichtig, wenn Dohnanyi leichthin darüber hinweggeht, daß Gewerkschaftsvertreter in den wichtigen Beratergremien der Regierung kaum Einfluß haben (S. 121) oder daß Japans forcierte Wachstumspolitik zwar „vielleicht ... die Grundsätze der Stabilitätspolitik im sozialen Raum" verletzt, „aber nicht im Bereich ökonomischer Wachstumsrationalität" (S. 60).

Es soll keineswegs behauptet werden und ist mit dem Gesagten auch gar nicht gemeint, daß die japanische Regierung etwa außerstande sei, auf die Wirtschaft Einfluß zu nehmen. Ganz im Gegenteil: sie nimmt höchst gezielt, höchst wirksam Einfluß in Konjunktur- wie Strukturpolitik, weitaus wirksamer und effizienter, als es in europäischen Ländern der Fall zu sein pflegt. Dies ist es ja, was Dohnanyi durchaus zu Recht bewundert und als Vorbild empfiehlt. Nur ist es für eine Regierung, für ein politisches System überhaupt auf die Dauer eben nicht genug, nur das strategische Koordinationszentrum, gewissermaßen der Große Generalstab der Wirtschaft zu sein — eine Regierung muß auch *gegen* die meist relativ kurz bemessenen Interessen der Wirtschaft handeln, Reformen und Demokratisierungsmaßnahmen durchsetzen können, um eine langfristige Systemstabilisierung — letztlich dann auch im wohlverstandenen, aber eben langfristigen Interesse der Wirtschaft selbst — zu erreichen.

Die Lage ist ohnehin schon prekär genug. Japan ist auf Im- und Exporte vital und in stets steigendem Maße angewiesen. Es könnte jäh in eine Krise geraten, wenn andere Länder — vor allem die Vereinigten Staaten — Barrieren gegen japanische Einfuhren errichten. Dies könnte um so leichter provoziert werden, als Japan seinerseits, allen oft wiederholten und variierten Versprechungen zum Hohn, sich als militant protektionistisch und illiberal erwiesen hat und noch immer erweist. (Dazu drastisch besonders *Hedberg*, S. 123 ff.) Dieser Sachverhalt ist natürlich wiederum auf die einseitige Vorherrschaft der Produzenteninteressen zurückzuführen und demonstriert einmal mehr deren langfristige Selbstgefährdung. Erleidet aber Japan eine Rezession, ja nur eine fühlbare Kürzung seines Wirtschaftswachstums auf europäische Raten, so wäre die Krise

nicht mehr fern. Es würde sich zunächst um eine ökonomische Krise handeln, weil Japans Wirtschaft angesichts ihrer immensen Verschuldung und Zinslasten einem Schnellläufer gleicht, der, weit vorgeneigt, dahintrast, — werden seine Beine plötzlich angehalten, so fällt er heftig auf die Nase.

Und aus der ökonomischen Krise würde nahezu zwangsläufig, da ja das ganze Selbstbewußtsein der Japaner, noch ungleich stärker als in der Bundesrepublik, sich auf, das „Großunternehmen Nation“ konzentriert hat, die politisch-gesellschaftliche Systemkrise folgen. Würde daraus denn die soziale, die sozialistische Revolution resultieren? Niemand kann es sagen. Wahrscheinlicher aber wäre wohl, angesichts der bestehenden Kräfteverhältnisse, die entgegengesetzte, die faschistoide, regressiv-aggressive nationalistische Reaktion. Der Nationalismus liegt ja ohnehin bereits wieder auf der Lauer oder vielmehr: er ist in verwandelter Gestalt vorhanden wie eh und je. Wie ein japanischer Sozialistenführer es formuliert:

„Der Nachkriegsnationalismus unterscheidet sich vollständig vom Nationalismus der Vorkriegszeit. Die Förderer des japanischen Imperialismus sind diskreditiert. Jetzt ist Pazifismus unsere neue Mystik geworden. Verborgen in uns sind Pazifismus und Nationalismus heute eins“ (*Rindl*, S. 133).

Eben damit erhebt sich jedoch die Frage, ob die Unterscheidung wirklich so vollständig ist, ob der Enthusiasmus für das ökonomisch begründete „Großunternehmen Japan“ nicht die Fortsetzung des militärisch bestimmten Imperialismus mit neuen, zeitgemäßen Mitteln mindestens untergründig darstellt. Die Machtelite jedenfalls dürfte, falls es einmal zur Krise kommen sollte, um die Mittel repressiv-aggressiver Selbstbehauptung kaum verlegen sein. Entgegen dem feierlichen Verfassungsauftrag, der jegliche Wiederaufrüstung verbietet, hat sie ihre „Selbstverteidigungsstreitmacht“, jetzt über 260 000 Mann, als Berufarmee beisammen. Und auch eine faschistoide Bewegung von „unten“ steht mit der *Komeito*, dem politischen Instrument der *Soka Gakkai* — einer religiös-nationalistischen, militanten Bewegung, die die Vielzahl der Clan-losen zum alt-neuen Super-Clan sammelt (vgl. *Rindl*, S. 211) — bereit.

Es muß nicht so kommen. Niemand wünscht, daß es so kommt. Aber die Gefahren bleiben; sie hängen mit der einseitigen Wirtschafts- und Wachstumsorientiertheit und mit der Machtdominanz der Wirtschaftselite zusammen: also unmittelbar mit dem japanischen „Wirtschaftswunder“. Dessen Kehrseite nicht zu sehen ist unverantwortlich leichtfertig, so leichtfertig wie Dohnanyis Behauptung, Japan sei „kein Land, wo es den Zahlen gut geht und das Volk leidet — wie dies Griechenlands großer Linker *Georg Papandreou* einst warnend formuliert hat“ (S. 140). Nochmals Dohnanyi: „Wer unzufrieden ist mit unseren eigenen Fortschritten und beschwörend ‚Japan‘ ruft, soll besser wissen, was er damit sagt“ (S. 35). Wie wahr! ²⁾

Hinweise zur deutschsprachigen Literatur

Klaus von Dohnanyi: Japanische Strategien oder Das deutsche Führungsdefizit, München (Piper) 1969. 187 S., 12,80 DM.

Höchst einseitige Darstellung unter dem Gesichtspunkt der Wachstumsökonomik.

Robert Guillain: Der unterschätzte Gigant — Japans Zukunft hat bereits begonnen, Bern — München — Wien (Scherz) 1970. 248 S., 19,80 DM.

Eine ausgewogene Darstellung des japanischen „Wirtschaftswunders“, aber auch seiner politischen und sozialen Gefährdungen.

2) Auf der „Expo 70“, dieser sinnlos rasenden Häufung technischer Spielereien und Protzereien, durch die Tag um Tag zweihunderttausend Gläubige strömen, findet man einen bemerkenswerten Kontrapunkt, einen Apparat des Schweizer *Jean Tinguely*: halb Pflug, halb geborstene Kanone, kunstvoll verrostet und vollkommen sinnlos. Daneben die sarkastische, explosive Bezeichnung: Kamikaze-Monument.

Karl Hax: Japan — Wirtschaftsmacht des Fernen Ostens. Ein Beitrag zur Analyse des wirtschaftlichen Wachstums, Köln und Opladen (Westdeutscher Verlag) 1961. 632 S., Leinen 56 DM.

Nicht mehr auf dem neuesten Stand, keine leichte Lektüre. Aber nach wie vor grundlegende, sorgsam dokumentierte Untersuchung der japanischen Entwicklung seit dem 19. Jahrhundert.

Hakan Hedberg: Die japanische Herausforderung, Hamburg (Hoffmann und Campe) 1970. 239 S., 20 DM.

Oft sensationell zugespitzt und reißerisch geschrieben. Aber keineswegs unkritisch. Viel Zahlenmaterial.

Hans-Otto Meissner: Das Wunder der aufgehenden Sonne. Japan zwischen Tradition und Fortschritt, Gütersloh (Bertelsmann Sachbuchverlag) 1970, 319 S., 24 DM.

Eine anschauliche, aber unkritische Einführung; schöne Bilder, wenig Problembewußtsein.

Peter Rindl: Die gehorsamen Rebellen — Arbeiter in Japan, Wien — Frankfurt — Zürich (Europa-Verlag) 1968. 232 S., Paperback 14,80 DM, Leinen 25 DM.

Eine gute Einführung, die die Lage der Arbeiterschaft im weiteren Zusammenhang wirtschaftlicher, sozialer, politischer und kultureller Gegebenheiten zeigt.

Wilfried Schnarnagl: Japan — die konzertierte Aggression, München (Ehrenwirth) 1969. 300 S., 22,80 DM.

Ebenfalls eine brauchbare Einführung besonders in die Lage der Arbeiterschaft.

Richard Storry: Geschichte des modernen Japan, Goldmanns Gelbe Taschenbücher, Band 1301/1302, München o. J. 295 S., 5 DM.

Eine preiswerte geschichtliche Einführung, mit dem Schwerpunkt auf der Entwicklung seit dem 19. Jahrhundert.

Hans Wilhelm Vahlefeld: 100 Millionen Außenseiter — Die neue Weltmacht Japan, Düsseldorf — Wien (Econ) 1969. 335 S., 22 DM.

Vielseitig, anschaulich. Empfehlenswert als erste Lektüre, auch als Geschenkband.

M. Y. Yoshino: Japans Management — Tradition im Fortschritt, Düsseldorf — Wien (Econ) 1970. 396 S., 32 DM.

Eine besonders gründliche, höchst informative Untersuchung über geschichtliche Entwicklung, Ideologie, Organisationsstruktur, Personalpolitik und Entscheidungsbildung des japanischen Managements.